



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Von der preussischen Grenze.

Die wichtige Aufgabe unserer gegenwärtigen Landesvertretung, durch gründliches Eingehn auf einzelne Beschwerden und Petitionen eine künftige Revision der Gesetzgebung vorzubereiten, wird nicht selten durch die Zudringlichkeit unberechtigter Willensmeinungen verklümmert; es wäre ein vorläufiger Redactionsauschuß zu wünschen, der alles Ungehörige in eine große Masse würfe, und durch systematische Gruppierung des Zusammengehörigen dem Petitionsauschuß selbst und namentlich dem Landtag die Sache erleichterte, da die Zeit desselben doch dem ganzen Lande kostbar sein muß. Ueber Erwarten hinaus wird dasselbe schon in dieser Session an der organischen Gesetzgebung theilhaftig. Abgesehen von dem Budget, sind ihm zunächst zwei wichtige, tief in das innere Leben des Volks eingreifende legislative Entwürfe vorgelegt: in Bezug auf die Civilehe und auf die Umlegung der Grundsteuer.

Was den letzteren betrifft, so versteht es sich von selbst, daß wir bei einem so gründlich durchdachten Werk, das ein specielleres Eingehn erfordert, uns jeder vorläufigen Bemerkung enthalten; auf die Bedenken gegen das Princip der Entschädigung der bisher steuerfreien Güter durch ein Capital, das der Staat aufbringt — d. h. durch eine gemeinsame Besteuerung aller — hat der Finanzminister selbst in seinen Motiven aufmerksam gemacht.

Der von dem Cultusminister eingebrachte Gesetzworschlag über die Civilehe ist gegen die bisherige Praxis ein entschiedener Fortschritt, aber wir können uns nicht verhehlen, daß er durch zu ängstliche, nach allen Seiten hin gerichtete Bedenken etwas Unfertiges und Unzusammenhängendes erhalten hat. Schon die Fassung hat etwas Wunderliches, und da die in den Motiven ausgeführten Grundsätze — die Nothwendigkeit einerseits, dem Staatsgesetz Wirksamkeit zu verschaffen gegen den üblen Willen der Kirche, ohne die Freiheit derselben zu beschränken; der Wunsch andererseits, die kirchliche Form der Ehe als die regelmäßige festzuhalten — vollständig den unstrigen entsprechen, so wundern wir uns, wie der Gesetzentwurf zu einem der Erwartung so sehr entgegenlaufenden Schluß hat kommen können. Leider hat eine von der Kreuzzeitung fortwährend colportirte Redensart den Gesetzgeber, der mit Recht auch den Vorurtheilen des Publicums Rechnung zu tragen entschlossen war, ängstlich gemacht: die Redensart, durch den Zwang der Civilehe werde das Gewissen der Gläubigen verletzt. Daß diese vollkommen sinnlose Redensart auch in gebildeten Kreisen Eingang gefunden hat, begreift sich nur daraus, daß jede unermüdlige Wiederholung ihr Stück durchsetzt. Es wäre allen theilhaftigen Parteien, dem Staat, der Kirche und dem Publicum durch folgende Fassung des Gesetzes Genüge gethan: die Ehe erhält für den Staat rechtliche Geltung durch Einzeichnung in die Civilregister vor Gericht. Diese Einzeichnung erfolgt, falls eine kirchliche Einsegnung stattgefunden hat, durch einfache, vom Pfarrer bescheinigte Anmeldung; im andern Fall auf Grund des Verfahrens, wie es in dem Gesetzentwurf vorgesehn ist. — Wenn sich durch diese Form des Civilehezwanigs irgend ein zartes Gewissen verletzt fühlte, so könnte es ebenso gut durch die Art und Weise verletzt werden, wie man irgend eine Hypothek einträgt.

Noch immer wird die Aufmerksamkeit von den innern Angelegenheiten durch die fortdauernde Drohung eines allgemeinen Kriegs abgelenkt. Wenn wir alle Ursache haben, mit dem Verhalten der preussischen Regierung und dem Verhalten der preussischen Landesvertretung (d. h. dem Schweigen) einverstanden zu sein, so scheint es uns um so nöthiger, die öffentliche Meinung in Deutschland, die in großer Gefahr schwebt, aus den edelsten Motiven sich in eine falsche Bahn zu verlieren, an den realen Thatbestand zu erinnern.

Es ist uns nicht bekannt, was die Regierungen der deutschen kleinern und Mittelstaaten auf die österreichische Circulardepesche geantwortet haben; die Antwort scheint nicht ganz dem Wunsch des wiener Cabinets zu entsprechen, d. h. sie enthält nicht, daß man unter allen Umständen auf ganz Deutschland rechnen kann.

Desto bezeichnender sind die Anträge, die von den Führern der Opposition, namentlich in Baiern und Hannover, gestellt und von den gesammten Kammern angenommen sind; weniger durch ihren Inhalt (Verbot der Pferdeausfuhr) als durch ihre Motive. Wir haben die Rede des Herrn v. Lerchenfeld mit starrer Bewunderung gelesen. Zuerst spricht er freilich von der Möglichkeit, den Krieg zu vermeiden: „wenn ganz Deutschland energisch und entschieden erkläre, welche Partei es beim Friedensbruch ergreifen werde;“ dann aber folgen Phantasten im Ton des Beckerschen Rheinliedes: „der Krieg sei kaum vermeidlich; allein je länger er dauern und je blutiger er sein würde, desto sicherer und größer würde sein Erfolg sein; Deutschland würde daraus ebenso stark nach außen als einig nach innen hervorgehen. Der Krieg möge blutig werden und wahrscheinlich würde ihn Deutschland allein führen, aber dann auch allein den Frieden machen, und nicht eher ruhen, bis der Feind völlig gedemüthigt und in die Unmöglichkeit versetzt sei, den Frieden von Europa ferner zu stören.“

Wenn Georg Herwegh den König von Preußen aufforderte, sein Volk aus den Städten ins Lager zu führen, gleichviel ob gegen Rußland oder gegen Frankreich, so sagte man sich, es ist ein junger Gigkopp und ein lyrischer Dichter; hier aber redet ein Staatsmann, der Führer einer mächtigen Partei und unter dem lauten Beifall einer politischen Körperschaft, nicht in der Hitze des Augenblicks, sondern nach reiflicher Ueberlegung in einem Ton, daß jene lyrischen Kriegsgelüste dagegen wie bescheidene Stoßseufzer aussehen. Noch einmal, das edle Motiv verkennen wir keinen Augenblick, es ist sehr gut, daß grade in Bayern jedem etwa aufsteigenden Rheinbundgelüst von vornherein so scharf als möglich entgegengetreten wird. Aber das hätte doch geschehen können ohne in den Ton des braunschweiger Manifestes von 1792 zu fallen. Der Gedanke ist wirklich so ungeheuerlich, daß man sich erst einige Zeit nehmen muß, ihn vollständig auszudenken. Also wir sollen einen Krieg gegen Frankreich unternehmen, einen langen und blutigen Krieg mit dem bestimmten Vorsatz, ihn nicht eher zu endigen, bis Kaiser Napoleon vollständig gedemüthigt und unschädlich gemacht ist.

Sonst war doch immer bei jedem Kriegsunternehmen irgend ein bestimmter positiver Zweck vorhanden, man wollte etwas gewinnen, das der Gegner verweigerte. Wenn Herr von Girardin an diese alte Praxis neuerdings wieder erinnert hat, so war dies vollkommen zeitgemäß. Wir aber sollen Frankreich mit einem blutigen Krieg bedrohen, weil der Kaiser Napoleon bei der Neujahrsgratulation den Herrn

von Hübner unhöflich behandelt hat. Denn weiter ist, so viel wir wissen, noch nichts vorgefallen. Es sind zwar in Paris sehr wunderliche Broschüren erschienen, man rüstet sich von verschiedenen Seiten, aber bisher ist noch gar nicht deutlich geworden, worüber die Gegner eigentlich uneinig sind, und anstatt sie zum Worte kommen zu lassen und ruhig anzuhören, wer von ihnen recht hat, sollen wir die französische Nation durch ein furchtbares Kriegsgeschrei einschüchtern. Die Sache ist gar nicht ungefährlich; denn ein solches Verfahren könnte leicht die entgegengesetzte Wirkung haben. In diesem Augenblick ist die Idee des Krieges in Frankreich entschieden unpopulär, aber wenn die Franzosen uns plötzlich in eine unmotivirte Verferkerwuth gerathen sehn, unmotivirt, weil uns niemand bedroht, so könnten sie leicht davon angesteckt werden und den nicht wenig beifallslüsternden Kaiser veranlassen, seine Aufmerksamkeit vom Po auf den Rhein zu wenden, und dann sänge der sinnloseste Krieg an, der bisher in der Weltgeschichte geführt worden ist, ein Krieg ohne allen Zweck, der aber die Civilisation um ein halbes Jahrhundert zurückbringen würde.

Statt dessen scheint es uns vielmehr die Aufgabe Deutschlands, in dem vorliegenden Stadium möglichst für die Erhaltung des Friedens zu wirken. Die Aufgabe ist jetzt leichter als vor einigen Wochen, weil die Frage anfängt von allgemeinen Redensarten zu bestimmten Formen überzugehn. Frankreich und Sardinien begehren nicht mehr eine Aufhebung der wiener Verträge, sondern eine Revision der italienischen Zustände, so weit sie nach ihrer Ansicht den wiener Verträgen widersprechen. Es widerspricht nach ihrer Ansicht den wiener Verträgen, daß Oestreich jede Mißregierung in Italien durch bewaffnete Intervention unterstützt und sie fordern Oestreich auf, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen. Diese Ansicht von der Tragweite der wiener Verträge kann richtig oder falsch, die Zumuthung an Oestreich kann verständig oder unverständlich sein, jedenfalls qualificirt sie sich zu einer diplomatischen Unterhandlung; Preußen und England haben vollkommen richtig ihre Aufgabe begriffen, in dieser Unterhandlung die Vermittler zu spielen, und durch die neueste Erklärung des Papstes, sein Thron stehe so fest, daß er sowol der französischen als der östreichischen Hilfe entbehren könne, ist ohnehin dem Streit wenigstens vorläufig die Spitze abgebrochen.

Wenn es nun aufrichtig unser Wunsch ist, zur Erhaltung des Friedens beizutragen, so wäre es das allerschlechteste Mittel, laut und lärmend zu erklären, Oestreich könne unter allen Umständen auf unsere Beihilfe rechnen, gleichviel ob es im Recht oder im Unrecht sei. Gerade durch eine solche Erklärung würde der Krieg unvermeidlich werden; denn Oestreich würde dadurch in die Lage versetzt, jede Anforderung, auch die gerechteste zurückzuweisen. Deutschland würde nicht blos Schuld daran sein, daß ein wirklich unhaltbarer Zustand sich fixirt, sondern es würde selbst zu einer östreichischen Provinz herabsinken, und ohne das Recht zu haben, irgend wie auf die Politik Oestreichs einzuwirken, würde es gewissermaßen eine Lehnspflicht über sich nehmen.

Offentlich faßt man in Preußen die Lage anders auf und ist auch für den traurigen Fall, daß es wirklich zum Kriege kommt und daß Deutschland sich der Theilnahme an demselben nicht entziehen sollte, fest entschlossen, diesen Krieg nur im eigenen und im Interesse Deutschlands, nur zur Erreichung bestimmter positiver Zwecke zu führen. Denn wenn dieser furchtbare Krieg losbrechen sollte, so ist die

Katastrophe gekommen, wo es sich wirklich um eine Revision der wiener Verträge, jener verhängnißvollen Verträge handelt, ja um eine Revision der Karte von Europa. So schwer die Schuld eines solchen Krieges auf den ersten Urheber drücken würde: für die Fortdauer der italienischen Regierungen werden wir unser Gut und Blut nicht daran setzen. Heute nicht und in alle Ewigkeit nicht.

Bermischte Literatur.

Reisen des Johannes Schiltperger. Zum ersten Male nach der gleichzeitigen Heidelberger Handschrift herausgegeben und erläutert von K. Fr. Neumann. Mit Zusätzen von Fallmerayer und Hammer-Burgstall. — München, 1856. — Johannes Schiltperger war ein bairischer Edelmann, der, in der Schlacht bei Nikopolis von den Türken gefangen, als Sklave unter wechselnden Schicksalen einen großen Theil Asiens durchwanderte. Seine Reisen fallen in die Jahre 1394 bis 1427, er lebte eine Zeit lang am Hofe Bajasids in Kleinasien, sah den Sturz dieses Fürsten, folgte dem schrecklichen Mongolenhan Timur auf seinen Zügen, war bald in Kleinasien, bald in Persien und Mesopotamien und wurde selbst nach Sibirien verschlagen. Zuletzt nach Armenien gelangt, glückte es ihm endlich zu entfliehen, und so kam er über Konstantinopel, die Donauländer und Galizien in die Heimath zurück, wo Herzog Albrecht der Dritte den Vielgewanderten in seine Nähe zog und zu seinem Kämmerling machte. Was er gesehen und erlebt, beschreibt er, naiv wie sein Zeitalter, in treuherziger, allenthalben den Stempel der Wahrhaftigkeit tragender Sprache. Der Herausgeber hat dem kleinen Buch eine ausführliche, lesenswerthe Einleitung vorausgeschickt und dasselbe mit Erläuterungen begleitet, welche bei den mannigfachen Dunkelheiten des Textes allerdings nothwendig waren. Wir bemerken hierzu, daß Prof. Neumann zu gleicher Zeit eine, wie uns scheint, beherzigenswerthe Denkschrift „Ueber die Ereignisse in Ostasien und die Nothwendigkeit deutscher Handelsverträge mit Siam, China und Japan“ veröffentlicht hat. Aus der Zahl der fremden Schiffe, welche im Herbst 1858 in den chineesischen Häfen lagen (es waren 1440, worunter 696 englische, 236 nordamerikanische, 180 deutsche, 117 holländische, 90 spanische, die übrigen 121 vertheilen sich unter Spanien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Chile, Neugranada und Peru) erhellt, daß Deutschland bei dem auswärtigen Verkehr des Mittelreiches, soweit er durch fremde Schiffe vermittelt wird, den dritten Rang einnimmt und seine Betheiligung $12\frac{1}{2}$ Procent beträgt. Der Verfasser meint, hätten wir erst eine vertragmäßige Stellung zu den ostasiatischen Reichen gewonnen, so würde dieser Verkehr im großartigsten Maßstab zunehmen, und überdies würde die in solcher Weise erstarkte und vermehrte